

KATERYNA KOBCHENKO

## ZWEIGLEISIGE NATIONSBILDUNG

### KONZEpte UND PROZESSE IN DER SOWJETUKRAINE UND IN DER UKRAINISCHEN DIASPORA<sup>\*</sup>

Die Prozesse der Nationsbildung der Ukraine im 20. Jahrhundert und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg wiesen gewisse Besonderheiten auf und entwickelten sich auf zwei verschiedenen Wegen mit unterschiedlichen ideologischen Begründungen. Einerseits ging es um die Zugehörigkeit der Ukraine zur UdSSR als eine ihrer sowjetischen sozialistischen Republiken, was zu begrenzten und manchmal rein dekorativen Formen des nationalen politischen Lebens der meisten Ukrainer führte, da die wichtigsten politischen Entscheidungen von der Moskauer Zentralregierung und unter der ideologischen Obhut der kommunistischen Partei getroffen wurden.

Andererseits bestand in mehreren Ländern eine transnational vernetzte<sup>1</sup> ukrainische Exilgemeinde, die bis in die 1960er Jahre hinein insgesamt zwei Millionen Mitglieder umfasste, die überwiegend stark antisowjetisch und antikommunistisch orientiert waren. Diese Gemeinde wurde von mehreren Parteien und Organisationen unterschiedlicher politischer Richtungen sowie von mehreren öffentlichen und kulturellen Institutionen vertreten, die sich mit der „ukrainischen Frage“ auch auf internationaler Ebene beschäftigten. Direkte Kontakte zwischen den ukrainischen Emigranten und ihrem damals sowjetischen Heimatland waren sehr

---

\* Die Vorbereitung und Herausgabe dieses Beitrages wurde durch ein Forschungsstipendium der Alexander von Humboldt-Stiftung ermöglicht.

<sup>1</sup> Die Begriffe „transnationale Vernetzung“ und weiter „Transnationalität“ werden hier aus der Forschungsperspektive der historischen Migrationsforschung benutzt. Unter der transnationalen ukrainischen Gemeinde wird die weltweit verstreute ukrainische Diaspora (die in der Nachkriegszeit jedoch den Charakter einer politischen Emigration hat) verstanden, die einerseit eine starke nationale Identität bewahrte, andererseits fast keine oder sehr geringe Kontakte zur Heimat pflegen konnte bzw. durfte.

begrenzt, so dass man von keinen direkten gegenseitigen Einflüssen sprechen kann, sondern eher von parallelen Prozessen, einerseits von der von der sowjetischen Politik und Ideologie geprägten Nationsbildung in der Ukrainischen SSR und andererseits von der transnationalen Vergemeinschaftung der Exilukrainer. Beide Male – in der Ukrainischen SSR wie auch in der Diaspora – ging es jedoch nicht um die freie nationale Entwicklung der Ukrainer, denn diese wurde im ersten Fall vom sowjetischen Herrschaftssystem und dessen Nationalitätenpolitik und im zweiten Fall durch die Situation der Emigration in verschiedenste Länder eingeschränkt. Ein vollständiges Bild von den Prozessen der Nations- und Staatenbildung der Ukrainer in der Nachkriegszeit sowie ihrer internationalen Wirkung erhält man nur dann, wenn man die beiden genannten Entwicklungslinien in ihrem Zusammenhang betrachtet.

Das gegenseitige Interesse – der Emigranten an der Sowjetukraine und umgekehrt – war stark, fand seinen Ausdruck aber in jeweils unterschiedlichen Formen ideologischer Auseinandersetzung und gegenseitiger Kritik. Auf der internationalen Ebene zielte man in erster Linie auf die „Aufklärung“ der westlichen Welt über ihren Gegner im Kalten Krieg. Die sowjetischen Reaktionen bestanden nicht nur in ständigen propagandistischen Kampagnen gegen die ukrainischen „bürgerlichen Nationalisten“, sondern auch in direkter Verfolgung bis hin zu politischen Morden. Zu letzteren gehörten die Aktionen des Geheimdienstes, in deren Rahmen die Führer der beiden nach der zweiten Abspaltung der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) entstandenen Fraktionen – Lev Rebet<sup>2</sup> (1957) und Stepan Bandera<sup>3</sup> (1959) – durch einen ukrainisch-stämmigen sowjetischen Geheimagenten, Bohdan Stašyns’kyj, getötet wurden.<sup>4</sup> Das demonstrierte erneut, wie ernst die Sowjetregierung ihre politischen und

---

<sup>2</sup> Lev Rebet (1912–1957): ukrainischer Politiker nationalistischer Prägung und Publizist, Vize-Leiter der Ukrainischen Staatsführung des am 30. Juni 1941 in Lemberg (L’viv) proklamierten Ukrainischen Staats; langjähriger Mitstreiter von Stepan Bandera. Rebet wurde zum Initiator der Abspaltung der revolutionären OUN (Bandera-Flügel) und gründete 1954 zusammen mit Zynovij (Zenon) Matla den *Dvijkari* (Zweier)-Flügel der Organisation ukrainischer Nationalisten (auch genannt OUNz, d. h. OUN im Ausland), der zu liberalen Positionen überging.

<sup>3</sup> Stepan Bandera (1909–1959): ukrainischer Politiker nationalistischer Prägung, in den 1930er Jahren Teilnehmer des Terrorkampfes gegen den polnischen Staat; 1940 initiierte er die Spaltung der Organisation ukrainischer Nationalisten und gründete eine revolutionäre Fraktion der OUN (auch als Bandera-Flügel oder OUNr bekannt), die die Position des integralen Nationalismus vertrat und die er bis zu seinem Tod leitete.

<sup>4</sup> Mehr dazu bei: SERHII PLOKHY, *The Man with the Poison Gun. A Cold War Spy Story*, New York 2016.

ideologischen Gegner aus dem Lager der ukrainischen Exilpolitiker nahm. Auch etliche außenpolitische Maßnahmen der sowjetischen Seite waren an die Ukrainer im Ausland adressiert. Dazu gehörten vor allem die ständigen Werbekampanien für eine „Rückkehr in die Heimat“, die das Leben vieler Exilanten aus der UdSSR jahrelang begleiteten bzw. belasteten. Auch die 1960 gegründete Gesellschaft für die Verbindungen mit den Ukrainern außerhalb der Ukraine, die aufgrund einer Initiative der KPdSU ins Leben gerufen wurde und unter der Kontrolle des KGB stand, verfolgte die oben genannten ideologischen Ziele – Diskreditierung der politischen Opponenten des Sowjetregimes, Unterstützung möglicher Loyalität zur UdSSR und somit auch den Versuch, die Emigrantengemeinden zu spalten.<sup>5</sup>

Die außenpolitischen Aktivitäten der ukrainischen Emigranten machten auch sie zu wichtigen Akteuren im Kalten Krieg sowie bei der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Sowjetregime. Ihre ureigene Aufgabe sahen die Exilukrainer darin, die Welt über die Situation in der Ukraine zu informieren und die ukrainische Frage auf der internationalen Bühne und im Kontext der antisowjetischen Kritik zu nutzen:

„Es ging ihnen um die größtmögliche Verbreitung von Informationen über den Befreiungskampf des ukrainischen Volkes in der freien Welt, um das Ansprechen öffentlicher Institutionen und Personen in der Presse, die Suche nach Freunden für die ukrainische Sache, das Engagement von Ausländern bei den Protestaktionen usw.“<sup>6</sup>

Die genannten Protestaktionen begleiteten viele sowjetische Veranstaltungen im Westen mit dem Ziel, die Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion bekannt zu machen und anzuprangern.

Nicht nur die Kontakte der ukrainischen Emigranten zu ihrem Heimatland waren begrenzt, die gegenseitigen Kenntnisse – der Sowjetukrainer über die ukrainische Diaspora und umgekehrt – waren asymmetrisch. In der Ukrainischen SSR basierte das offizielle Narrativ über die Exilanten hauptsächlich auf ideologischen Klischees, inklusive zahlreicher Karikaturen über die Exilukrainer als den „Mitinitiatoren des Kalten Kriegs“ und

---

<sup>5</sup> BOHDAN HORYN, Ivan Drač i Diaspora [Ivan Drač und die Diaspora], in: Ivan Drač, Ukrainska Diaspora [Die ukrainische Diaspora], Kharkiv 2017, S. 3–19.

<sup>6</sup> ANATOL KAMINS’KYJ, „Prolog“ u kholodnij vjnni proty Moskvy. Prodovžennia vyzvolnoji borotby iz-za kordony [„Prolog“ im Kalten Krieg gegen Moskau. Fortsetzung des Befreiungskampfs aus dem Ausland], Poltava 2009, S. 79. „Prolog“ war der ukrainische Verlag in den USA in der Zeit des Kalten Krieges, der zu den Kreisen der liberalen OUNz gehörte.

„amerikanischen Marionetten“. Genauere Informationen über die politisch und öffentlich aktiven Exilanten sammelte der KBG, aber sie blieben dem breiteren Publikum verschlossen. Die einzige Möglichkeit, alternative und direkte Informationen zu bekommen, boten für die Ukrainer in der UdSSR die „feindlichen Stimmen“, also die ukrainischen Sendungen von Radio Liberty oder von Voice of America, aber sie wirkten nur begrenzt, weil das Hören dieser Sender aufgrund gezielter technischer Störungen schwierig und mit möglichen politischen Verfolgungen verbunden war.

Gleichzeitig aber waren die Exilukrainer über das Geschehen in der Ukrainischen SSR allgemein besser informiert als umgekehrt ihre Landsleute über die Diaspora, nicht nur aus den westlichen Medien, sondern auch durch den Zugang zu einigen in der UdSSR erscheinenden Informationsquellen. Und als besonders Interessierte verfolgten sie die Ereignisse aufmerksam und kritisch. Die Nachrichten aus der Ukraine füllten ständig die Sonderrubriken der ukrainischen Emigrationszeitungen der verschiedenen Richtungen. Häufiger ging es dabei auch um tief schürfende Analysen der sowjetischen Wirklichkeit und Politik, was vor allem die Tätigkeit der ukrainischstämmigen Publizisten wie dem Sowjetologen Boris Lewytskyj sowie dem Ostblock-Experten und Journalisten Bohdan Osadczuk (bekannt auch unter Pseudonym Alexander Korab) zeigte.

Die politischen Exilanten wurden häufig gleichzeitig von den antikommunistischen Kreisen im Westen als Mittler zwischen ihren unterdrückten Nationen und der freien Welt akzeptiert:

„Vor allem darf aber nicht vergessen werden, dass die in der Freiheit lebenden Vertreter der Völker des Ostens [...] eine außerordentlich wichtige Verbindung zwischen West- und Osteuropa darstellen. Wenn es diese Vertreter hier unter uns nicht gäbe, wie sollten wir uns dann über den Osten orientieren?“<sup>7</sup>

So wurde dieses Problem im Redaktionsteil einer der den Osteuropa-Fragen gewidmeten Zeitschriften formuliert.

Ohne die Möglichkeit zu haben, die Situation in der Ukrainischen SSR spürbar direkt zu beeinflussen, konzentrierten sich die intellektuellen und politischen Kreise der Exilanten auf die Ausarbeitung von Befreiungskonzepten sowie auf zukünftige Entwicklungsmodelle der ukrainischen Nation, deren wichtigste Richtlinien in diesem Aufsatz analysiert werden sollen. Um die Denkweisen und die Kampfmethoden der ukrainischen

<sup>7</sup> GO [EDMUND VON GORDON], Die Opposition in Osteuropa stärken!, in: Der europäische Osten 133 (1966), S. 193 f.

Exilpolitiker zu verstehen, erscheint ein Überblick über die national-politischen Maßnahmen in der Ukrainischen SSR sinnvoll zu sein.

Die Hauptfragen, die danach diskutiert werden sollen, betreffen die unterschiedlichen politischen Konzepte der ukrainischen Exilanten, ihre Ideen einer nationalen Verselbständigung der Ukraine sowie der Bekämpfung des kommunistischen Regimes. Diese Konzepte entwickelten sie in einer bipolaren Welt und mit der Orientierung an den westlichen Demokratien als politischem Vorbild sowie den Verbündeten im antikommunistischen Widerstand. Andererseits mussten die Exilanten die neuen und geänderten politischen Realitäten der langen Nachkriegszeit sowie den sowjetischen Faktor bzw. das sowjetische Regime in der Ukraine berücksichtigen. Zu diesen Konzepten gehörte also eine unterschiedliche Betrachtungsweise des rechtlich-politischen Status der Ukrainischen SSR sowie die Bewertung der sowjetischen Nationalitätenpolitik im Rahmen des antikolonialen Diskurses, die einen wichtigen Platz im intellektuellen Nachlass der Exilukrainer einnehmen.

Die genaue Untersuchung der erwähnten Konzepte offenbart die Entwicklungen und Transformationen zentraler Diskurse, die im ukrainischen politischen Leben in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkriegs entstanden und die ein weites politisches Spektrum von linken und sozialdemokratischen bis hin zu rechtsradikalen Strömungen umfassten. Die Vielfalt des politischen Lebens der ukrainischen Exilanten stellte also ein diskursives Modell der politisch pluralistischen „freien Ukraine“ dar, in der sich zum ersten Mal die Vertreter der verschiedenen Regionen der Ukraine versammelten, die sich jahrhundertelang in verschiedenen Staaten und politischen Ordnungen befunden hatten. Dieses politische Zusammenleben und die Konkurrenz untereinander waren stark von den Bedingungen der Emigration und der damit verbundenen Transnationalität bestimmt.

Diese Konzepte sind bis heute von großem Interesse geblieben, nicht zuletzt deshalb, weil sie einen wesentlichen Beitrag im antikommunistischen Widerstand lieferten und teilweise auch heutigen Denk- und Interpretationsmodellen der sowjetischen Vergangenheit zuvorkamen oder diese bestimmten.

## Die Ukrainische Sowjetrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg: Nationsbildung im Rahmen sowjetischer Außenpolitik und Identitätskonstruktion

Nach dem Zweiten Weltkrieg – genauso wie bereits in der Zwischenkriegszeit – blieb die Ukrainische Sowjetische Sozialistische Republik ein Bestandteil der Sowjetunion<sup>8</sup> und besaß nur eine begrenzte und in mehreren Bereichen lediglich rein formale Souveränität, obwohl sowohl der Umfang der Vollmachten der republikanischen Regierung wie auch die territoriale Struktur der Republik am Ende des Krieges wichtige Änderungen erfuhren.

Die Grenzen der Ukraine, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmt wurden und in denen der unabhängige ukrainische Staat 1991 entstand, waren überwiegend ein Ergebnis der Außen- sowie der Nationalitätenpolitik der UdSSR in der Nachkriegszeit unter Stalins Leitung. Diese Politik zielte in erster Linie auf die Ausweitung des Einflussbereichs der Sowjetunion nach Westen, vor allem durch territoriale Annexionen, auch wenn diese der Ukraine und Belarus zugutekamen, wie auch der Schaffung einer Reihe von Satellitenstaaten in Mitteleuropa mit „volksdemokratischen“ politischen Regimen und sozialistischen Wirtschaftssystemen. Dadurch änderten sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Grenzen der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, die seitdem auch die Territorien von Galizien und Westwolhynien einschlossen, die bis 1939 Teile Polens gewesen waren, sowie einen Teil der Bukowina und Bessarabien, die nach dem Ersten Weltkrieg an Rumänien gefallen waren, ferner Transkarpatien, das bis 1938 zur Tschechoslowakei gehört hatte.<sup>9</sup>

Solche territorialen Erweiterungen sowie die Ansprüche auf die Einflussbereiche in Ost- und Mitteleuropa stimmte Stalin jeweils mit seinen damaligen Alliierten entsprechend ab: 1939 mit dem Dritten Reich durch den „Hitler-Stalin Pakt“ und geheime Zusatzprotokolle sowie 1945 mit den Westalliierten (USA und Großbritannien) im Rahmen des Abkommens von Jalta. Damit wurde auch die

<sup>8</sup> Die Versuche, einen unabhängigen ukrainischen Staat auszurufen und zu etablieren, waren bis dahin Misserfolge – sowohl die Unabhängigkeitskämpfe in den Jahren 1917 bis 1921 als auch die Aktion der Nationalisten des Bandera-Flügels, die am 30. Juni 1941 in Lemberg unmittelbar nach der deutschen Besetzung einen ukrainischen Staat ausriefen.

<sup>9</sup> Im März 1939 fand ein Versuch statt, die Selbständigkeit der Karpaten-Ukraine unter dem deutschen Protektorat zu erklären, was aber den Plänen des Dritten Reichs, das dieses Gebiet von der Tschechoslowakei an seinen Verbündeten Ungarn übergab, widersprach.

„von Stalin seit Dezember 1941 immer wieder geforderte und von den Westmächten schließlich zugesagte Westverschiebung Polens hergestellt. Die Veränderung der sowjetischen Westgrenze, die jetzt ungefähr mit der bereits 1919 festgelegten Curzon-Linie, aber fatalerweise auch mit jener des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 übereinstimmte [...].“<sup>10</sup>

Aber diese Vereinigung der verschiedenen Teile der Ukraine, die eine der Hauptbestrebungen der ukrainischen Unabhängigkeitskämpfer unterschiedlicher politischer Couleur und der verschiedenen Generationen war,<sup>11</sup> wurde letztlich nicht von diesen, sondern von der Sowjetregierung verwirklicht. Sie diente deshalb nicht den Interessen der ukrainischen Nation, sondern der imperialen Machtkonzeption sowjetischer Prägung, die die nationale Politik vor allem als ein außenpolitisches Instrument für ihre Zwecke benutzte. Beredtes Beispiel für eine solche Form nationaler Politik war die Diffamierung ganzer Völker am Kriegsende, wie z. B. der Krimtataren, als „Verräter“ und „NS-Kollaborateure“, die von brutalen Deportationen und weiteren Verfolgungen begleitet wurde.

Jedoch trug die damalige sowjetische Regierung *de facto* dazu bei, die territorialen Grundlagen der heutigen souveränen Ukraine zu sichern; so vergrößerte sich nach dem Zweiten Weltkrieg das Territorium der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik um ein Viertel und um ca. elf Millionen Einwohner. Stalins „Sammlung der Länder“ führte zu direkten und unkomplizierten Lösungen von territorialen und nationalen Fragen: so fand 1945 bis 1946 ein erzwungener Bevölkerungsaustausch mit Polen statt, in dessen Rahmen ca. 800.000 Polen und etwa 500.000 Ukrainer ihre Wohnsitze verloren und jeweils nach Polen bzw. in die Ukrainische SSR umgesiedelt wurden.<sup>12</sup>

---

<sup>10</sup> BERND STÖVER, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische *Liberation Policy* im Kalten Krieg 1947–1991, Köln u. a. 2002, S. 82.

<sup>11</sup> Hier ist vor allem die Vereinigung der Ukrainischen Volksrepublik mit ihrer Hauptstadt Kiev mit der Westukrainischen Volksrepublik mit ihrem Zentrum Lemberg am 22. Januar 1919 zu nennen; zwar blieb diese Aktion eher symbolisch als realpolitisch, das Streben nach nationaler und staatlicher Einheit wurde aber ein wichtiger Punkt in den politischen Programmen der ukrainischen Exilpolitiker.

<sup>12</sup> Auch später kooperierten die Sowjets bei der Verfolgung von Kämpfern der ukrainischen Aufstandsarmee sowie der Beobachtung der Exilukrainer eng mit den Geheimdiensten der polnischen Volksrepublik und der Tschechoslowakei. Vgl. Kwestia Ukraińska w działalności służby bezpieczeństwa PRL. Dokumenty i Materiały [Die ukrainische Frage in der Tätigkeit des Sicherheitsdienstes der Volksrepublik Polen. Dokumente und Materialien]. hg. v. ARKADIUSZ ŚLĄBICKI, Warszawa 2016; Służby bezpieczeństwa Polski i Czechosłowacji wobec Ukraińców (1945–1989). Z warsztatów badawczych [Die Sicherheitsdienste

Damit jedoch hörte die repressive nationale Politik in den beiden Staaten nicht auf: die polnische „Volksregierung“ begann 1947 die sogenannte Aktion Weichsel. Mit der Unterstützung der sowjetischen und der tschechischen Regierung wurden über 140.000 in Polen verbliebene Ukrainer in die neu angeschlossenen Westgebiete Polens zwangsweise mit dem Ziel ihrer Polonisierung umgesiedelt. Das Sowjetregime setzte seine nationale Politik gegenüber den Ukrainern mit Verfolgungen der Mitglieder der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) sowie ihrer Angehörigen fort, so dass in den Lagern des Gulag in den ersten Nachkriegsjahren mindestens 200.000 Westukrainer einsaßen, die meisten mit dem maximalen Urteil von 25 Jahren Lagerhaft und/oder Vertreibung. In seiner Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU „Über Stalins Personenkult und dessen Folgen“ vom 25. Februar 1956 erwähnte der Partei- und Staatschef der UdSSR Nikita Chruščev die Pläne von Stalin, neben den anderen Völkern auch die Ukrainer zu deportieren (es ging anscheinend um die vor dem Krieg „eingebürgerten“ Bewohner der ukrainischen Westgebiete): „Die Ukrainer entgingen diesem Schicksal lediglich deshalb, weil sie zu zahlreich sind und kein Raum vorhanden war, wohin man sie hätte deportieren können. Sonst hätte er sie auch deportiert.“<sup>13</sup>

Alle genannten Maßnahmen sowie die vorherigen ethnischen Säuberungen und Konflikte in der Westukraine (die Judenvernichtung während des Zweiten Weltkriegs, der ukrainisch-polnische Krieg in Wolhynien 1943 sowie die Aussiedlung der Wolhyniendeutschen) führten zu einer wesentlichen Änderung der ethnischen Zusammensetzung in diesen Regionen und zur Dominanz der Ukrainer in den 1939 angeschlossenen Gebieten der Ukrainischen SSR (die ethnische Konstellation der Transkarpaten blieb jedoch vielfältiger). Auch trotz der Russifizierungspolitik und der Umsiedlung von ideologisch indoktrinierten Ostukrainern und Russen in die neu eingegliederten Regionen unterschied die Bewohner dieser Gebiete ein höheres nationales Bewusstsein im Vergleich zu den übrigen Regionen der Ukrainischen Sowjetrepublik. Bis zu Beginn der 1950er Jahre dauerte außerdem der Kampf der UPA gegen das Sowjetregime in den ukrainischen Karpaten an.

Den Schlusspunkt der territorialen Veränderungen in der sowjetischen Ukraine der Nachkriegszeit bildete 1954 die Übergabe der Krim an die

von Polen und der Tschechoslowakei gegenüber den Ukrainern (1945–1989). Aus den Forschungswerkstätten], hg. v. GRZEGORZ MOTYKA, Warszawa 2005.

<sup>13</sup> Die Entlarvung des Stalin-Terrors. Wortlaut der Rede Chruschtschews vom 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU, Bonn<sup>2</sup>1960, S. 43.

Ukrainische SSR aus Anlass der 300-Jahrfeier zur „Wiedervereinigung“ Russlands mit der Ukraine. Dieser Schritt erfolgte erst nach Stalins Tod während der Amtszeit des wohlgesonnener zur Ukraine stehenden Chruščevs. Die Übergabe wurde durch die geografische Nähe sowie die Anbindung der Halbinsel an die Ukraine begründet und brachte eine tiefere Integration in das Wirtschaftssystem der Ukrainischen SSR mit sich.

Die ethnische Zusammensetzung der Krim war eine Folge der stalinistischen Nationalitätenpolitik, der durch die Deportation der Krimtataren 1944 und eine gezielte Immigration von Russen aus der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik herbeigeführt worden war. Diese Anbindung der russifizierten Halbinsel an die Ukraine, die zuerst als reine innenpolitische Aktion der UdSSR erschien, entwickelte sich in langfristiger Perspektive zu einem „trojanischen Pferd“ und zwar von internationaler Dimension: So führte die „Krimfrage“ unmittelbar nach der Unabhängigkeit der Ukraine zu politischen Spannungen, die 1992 jedoch durch die Einführung des Autonomiestatus noch friedlich gelöst werden konnten, 2014 aber mit einer revisionistischen militärischen Annexion der Krim seitens Russlands endeten, was bis heute gravierende internationale Folgen hat.

Eine Bilanz der (inter)nationalen Kriegsfolgen für die Ukraine zog der Exil-Journalist und Politologe Bohdan Osadczuk:

„Man könnte grosso modo sagen, dass sich die Ukraine im Verlauf des Zweiten Weltkrieges der Internationalen Befreiungsbewegung der um ihre Selbstbestimmung und den Sturz kolonialer Systeme kämpfenden Völker anschlossen hatte. Hoffnungen, dass die beiden Kolonialregime in Europa, das heißt der nationalsozialistische und der sowjetische Imperialismus sich gegenseitig vernichten würden, gingen nicht in Erfüllung. Doch kam es infolge des Krieges zu einer Vereinigung ukrainischer Gebiete und einer internationalen Anerkennung der halbsouveränen Sowjetischen Ukraine dadurch, dass man sie in die Gruppe der Gründerstaaten der UNO aufnahm.“<sup>14</sup>

Die Aufnahme der Ukraine – neben der Belarussischen SSR und der UdSSR – als „selbständiges“ Mitglied der Vereinigten Nationen war seitens der Sowjetunion zum Teil eine erzwungene, aber gleichzeitig eine wohl bedachte politische Maßnahme. Schon während des Krieges versuchte die kommunistische Regierung, „dosierte“ Formen des nationalen Lebens in den sowjetischen Republiken zu erlauben – und dadurch deren

---

<sup>14</sup> Ein ukrainischer Kosmopolit mit Berliner Adresse. Gespräche mit Bohdan Osadczuk (Alexander Korab), hg. v. BASIL KERSKI / ANDRZEJ S. KOWALCZYK, Osnabrück 2004, S. 45.

Loyalität, vor allem die der Ukrainer, zu gewinnen bzw. zu stärken und gleichzeitig deren Mobilisierungspotential auszunutzen: So wurden die vier Armeefronten, die an der Befreiung der von den Nazis besetzten Ukraine teilnahmen, in die vier Ukrainischen Fronten umbenannt (das Gleiche geschah in Belarus).

Noch im Laufe des Krieges, aber vor allem unmittelbar nach der Befreiung der Ukraine von der NS-Herrschaft unternahm das Stalin-Regime weitere Schritte im Bereich der nationalen Politik, die der Welt die Rechte und die Selbständigkeit der Republiken demonstrieren sollten und die die Regierung der Ukrainischen SSR sehr ernst nahm.<sup>15</sup> Für diese Zwecke wurden im Jahr 1944 in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik die selbständigen republikanischen Volkskommissariate (Ministerien) für Verteidigung und für Auswärtige Angelegenheiten gegründet, was auch entsprechende Änderungen in der Verfassung der UdSSR von 1936 nach sich zog. Die Ukrainische SSR wurde dabei die einzige sowjetische Republik, der ein Verteidigungsministerium zugestanden wurde. Zum ersten – und auch einzigen – Volkskommissar berief das Republikanische Parlament, die *Verkhovna Rada*, Oberstleutnant Vasyl' Herasymenko, der aber nur bis zum 13. November 1945 amtierte; seine Entlassung ohne Ernennung eines Nachfolgers bedeutete de facto die stille Auflösung dieses Volkskommissariats.

Am 5. Februar 1944 wurde auch das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der Ukrainischen SSR gegründet. Zum ersten Minister wurde der politisch loyale Schriftsteller Oleksandr Kornijčuk ernannt, der ein halbes Jahr amtierte und dem mit Dmitrij Manuil'skij eine „ideological éminence grise“<sup>16</sup> folgte, die zuvor als der sowjetische Vertreter in der Kommunistischen Internationale tätig gewesen und ein Symbol ihrer Staliniisierung geworden war. Unter diesen Umständen erschien es schwer, eine gewisse Selbständigkeit der ukrainischen Delegation in der UNO zu behaupten, vielmehr handelte es sich eher um eine Arbeitsteilung zwischen den Delegationen aus der UdSSR, wobei die Ukrainer nicht selten als Verteidiger der ehemaligen kolonisierten Völker auftraten.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> SERHY YEKELCHYK, Stalin's Empire of Memory. Russian-Ukrainian Relations in the Soviet Historical Imagination, Toronto u. a. 2004, S. 33 f.

<sup>16</sup> Ebd., S. 44.

<sup>17</sup> Diese „Rollenteilung“ war auch den zeitgenössischen Beobachtern inklusive den Exilukrainern klar. VSEVOLOD HOLUB, Ukraina v Objednanych Natsijach [Die Ukraine in den Vereinten Nationen], München 1953, S. 49–67.

Das äußere nationalpolitische Tauwetter wechselte sich in der UdSSR aber mit Phasen der „Internationalisierungspolitik“ sowjetischer Art ab: So fand in der späten Stalin-Ära ein Übergang zum Kampf gegen den „Kosmopolitismus“ (was eigentlich den Kampf gegen Juden in der Form des staatlichen Antisemitismus bedeutete) sowie zur Kritik der nationalistischen „Abweichungen“ statt. Gleichzeitig wurden auf der internationalen Ebene die ukrainischen „bürgerlichen Nationalisten“ sowie die „Weltzionisten“ zu Hauptzielen der negativen sowjetischen Propaganda, die bis in die 1980er Jahre andauerte. Auch auf der Bühne der UNO polemisierten die Vertreter der Ukrainischen SSR, sowohl Manuil'skij als auch sein Nachfolger Anatolij Baranovskij, regelmäßig gegen die sowjetkritisch eingestellten Exilukrainer.

Ein wesentlicher Bestandteil der sowjetischen nationalen Politik war die Russifizierung, die in der Zeit Chruščevs durch die Theorie der „Verschmelzung“ der Nationen auf dem Weg zum Kommunismus und in der Amtszeit seines Nachfolgers Leonid Brežnevs durch die Idee der Schaffung einer gemeinsamen Identität der Sowjetmenschen sowie der „Auflösung nationaler Besonderheiten“ in der UdSSR begründet wurde. Das schlug sich in der Steuerung der nationalen Politik in den sowjetischen Republiken nieder: So wurde der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine Petro Šelest (1963–1972), der in den Augen der Moskauer Parteiführung zum kulturellen Nationalismus sowie zum wirtschaftlichen Regionalismus tendierte, durch Volodymyr Šerbytskyj (1972–1989) ersetzt, der einen Kurs politischer Zentralisierung sowie nationaler Assimilation verfolgte.

Die Russifierungspolitik hatte längerfristig negative Folgen: Am Ende der 1950er Jahre lag die Zahl der Schulen mit russischer Unterrichtssprache in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik bei 30 Prozent, am Ende der 1970er Jahre machte sie schon mehr als die Hälfte aus, und zum Ende der 1980er Jahre gab es in einigen südöstlichen Regionen der Ukraine bereits gar keine ukrainischen Schulen mehr. In der UdSSR entwickelte sich ein symbolisches russlandzentriertes System der nationalen Hierarchie, in der die Ukraine durch das Oxymoron der „zweiten von zwei gleichen“<sup>18</sup> oder durch die ideologische Metapher des „jüngeren Bruders“ Russlands<sup>19</sup> bezeichnet wurde.

---

<sup>18</sup> Die Bezeichnung der Ukraine als „Sekunda inter pares“ ist auf Borys Lewytskyj zurückzuführen. BORYS LEWYTZKYJ, Politics and Society in Soviet Ukraine, 1953–1980, Edmonton 1984, S. 5.

<sup>19</sup> YEKELCHYK, Stalin's Empire, S. 39–47.

Die sowjetische nationale Politik der Nachkriegszeit wurde also oft als ein effektiver Deckmantel für außenpolitische Maßnahmen, vor allem der territorialen Expansion, benutzt. Trotz des begrenzten und kontrollierten Charakters der nationalen und politischen Souveränität der Ukrainischen SSR waren auch die erzwungenen Schritte seitens der Regierung der UdSSR eine Form des Kompromisses hinsichtlich der nationalpolitischen Bestrebungen der ukrainischen Republik. Diese nationalpolitischen Maßnahmen trugen aber – vollkommen unerwünscht – dazu bei, die Entstehung wichtiger Elemente ihrer zukünftigen Unabhängigkeit zu fördern oder sie zumindest nicht zu verhindern. Dessen waren sich auch die ukrainischen Exilpolitiker bewusst, für die die Ukrainische SSR ein Objekt aufmerksamer Beobachtung und Analyse wurde und die dabei ihrerseits versuchten international zu agieren, um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Situation der Ukrainischen SSR zu lenken.

### **Ukrainische Exilpolitiker als transnationale Akteure der (inter)nationalen Politik**

In der ukrainischen politischen Emigration der Nachkriegszeit gab es eine Vielfalt politischer Ansichten und Parteien, die alle eine stark antisowjetische Haltung einigten. Zu den Emigranten gehörten unter anderem ehemalige Befreiungskämpfer verschiedener Richtungen sowie kritisch gegenüber dem Sowjetregime eingestellte Intellektuelle, die sich zwar auf verschiedenen Kontinenten befanden, jedoch über parteilich-organisatorische sowie öffentliche Strukturen miteinander vernetzt waren. Ihre zahlreichen Aktivitäten auf internationaler Ebene machten die ukrainische Gemeinde „in der freien Welt“ zu einem Akteur – oder, genauer gesagt, zu mehreren miteinander konkurrierenden Akteuren im Bereich des antisowjetischen Widerstandes und gleichzeitig zu einem irritierenden Faktor für die UdSSR.

Die gesamte heterogene transnationale Emigrationsgemeinde umfasste Ukrainer aus verschiedenen Regionen mit unterschiedlichen Erfahrungen aus den Vorkriegs- und Kriegszeiten, inklusive der „alten“ Emigration aus der Zwischenkriegszeit. Die Exilukrainer genossen im Unterschied zu den sowjetischen Bürgern Meinungsfreiheit und darüber hinaus einen politischen Pluralismus, was die gesamte Gemeinde zu einer Alternative zu den Sowjetukrainern und gleichzeitig zu einer repräsentativen Form transnationaler Vergemeinschaftung und Existenz machte. So repräsentierte

„die Massenemigration in den Jahren 1943 bis 1944, die aus allen Schichten des ukrainischen Volkes bestand, und so einem fremden Beobachter eine Art Querschnitt der ganzen ukrainischen Gesellschaft bot, das richtige Bild von der ukrainischen öffentlichen Meinung. Denn alle in der Emigration tätigen ukrainischen politischen Parteien strebten kompromisslos nach der Selbstständigkeit der Ukraine.“<sup>20</sup>

Ihrer repräsentativen Rolle waren sich die Exilanten bewusst, darüber hinaus formulierten sie eine Reihe eigener Aufgaben oder gar eine eigene Mission, ukrainische nationale Identität zu bewahren. Dies betraf die ukrainische Sprache und Kultur, die in der sowjetischen Ukraine der Gefahr der Russifizierung unterlag; es galt, sie zu bewahren, zu entwickeln und gleichzeitig die Ukraine in der Welt würdig zu vertreten:

„Da das ukrainische Volk unter sowjetischer Herrschaft nicht in der Lage ist, heute die Rolle zu spielen und die Aufgabe zu erfüllen, die ihm innerhalb der europäischen Völkergemeinschaft zukommt, muss die ukrainische politische Emigration alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Ukraine in der freien Welt so wirkungsvoll und würdig wie möglich zu vertreten.“<sup>21</sup>

Genauso wichtig war es „die Selbstständigkeit und territoriale Integrität der Ukraine in der internationalen Politik zu verteidigen“.<sup>22</sup>

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und mit Beginn des Kalten Krieges pflegten die meisten politischen Gruppen der Exilanten die Hoffnung auf den baldigen Fall des sowjetischen Regimes, vor allem als Folge eines offenen militärischen Konfliktes mit den Westmächten. Bohdan Osadczuk meinte dazu:

„In den ersten Nachkriegsjahren dominierte in der ukrainischen Emigration ein Stil des politischen Denkens, den man mit dem Konzept des polnischen Londoner Exils vergleichen könnte. Man setzte auf den Dritten Weltkrieg, und nicht auf politische Evolution in Europa. Das war das Konzept der Erben der Petliura-Regierung<sup>[23]</sup>, die Idee, sich völlig von der Sowjetukraine zu trennen und sie zu bekämpfen.“<sup>24</sup>

---

<sup>20</sup> BOHDAN HALAJČUK, *Natsija ponevola, ale derzhavna* [Eine staatliche, aber unfreie Nation], München 1953, S. 54 f.

<sup>21</sup> MYROSLAW ANTOCHY, Ukrainer in der freien Welt, in: *Der europäische Osten* 133 (1966), S. 220–225.

<sup>22</sup> HALAJČUK, *Natsija*, S. 3.

<sup>23</sup> Symon Petljura (1879–1926), ukrainischer Politiker und Armeeführer, Mitglied der *Zentralna Rada* (1917–1918) und Leiter des Direktoriums der Ukrainischen Volksrepublik (1919). Vgl. Christoph Mick in diesem Band.

<sup>24</sup> Ein ukrainischer Kosmopolit, S. 54.

Die neuen politischen Realitäten der 1950er Jahre, der Wechsel der Phasen des Kalten Krieges mit dem Übergang zur Koexistenz-Politik und zur Entspannung stellten auch die Exilpolitiker vor die Notwendigkeit, neue Strategien ihres Befreiungskampfs zu erarbeiten und gleichzeitig die Unterstützung der Westmächte zu gewinnen. Zu den entscheidenden Voraussetzungen für solche taktischen Änderungen, vor allem für die Kreise der integralen Nationalisten des Bandera-Flügels, gehörte auch die Niederlage und das Erlöschen des antisowjetischen Widerstands der UPA am Anfang der 1950er Jahre, auf den sich die Exilpolitiker nationalistischer Prägung beriefen und dessen Auslandsvertretung sie darstellten. Das führte unter anderem zu einer weiteren Aufspaltung innerhalb des nationalistischen Lagers, da man nach neuen politischen Wegen des Befreiungskampfes zu suchen begann. Außerdem endete Anfang der 1950er Jahre der Aufenthalt der Nachkriegsemigranten in Deutschland als *Displaced Persons*, was zu einer massenhaften Umsiedlung hunderttausender ukrainischer Exilanten in verschiedene Länder des amerikanischen Kontinents (vor allem in die USA und nach Kanada) und Europas sowie nach Australien führte und auch strukturelle Änderungen in den politischen Aktivitäten der Emigranten mit sich brachte.

Das politische Leben der transnationalen ukrainischen Gemeinde war durch eine große Vielfalt geprägt, die unterschiedliche politische Traditionen und Generationen widerspiegelte. Jede politische Gruppe berief sich dabei auf eine eigene Tradition von – jeweils freilich missglücktem – Staatsaufbau oder Befreiungskampf. Darunter befanden sich die Mitglieder der Exilregierung der Ukrainischen Volksrepublik (UNR) aus den Jahren 1917 bis 1921, die 1948 einen Versuch unternahmen, durch die Gründung eines Ukrainischen Nationalrats eine Art Exilparlament zu schaffen und sich dadurch als Exilregierung oder, anders bezeichnet, als das Staatszentrum der UNR zusätzlich zu legitimieren. Da sich aber nicht alle Parteien dieser Initiative anschlossen und die Nationalisten des Bandera-Flügels bald austraten, zerfiel das Konzept einer einheitlichen politischen Vertretung der Exilukrainer. Zu den wichtigen politischen Kräften gehörten die verschiedenen Fraktionen der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN). Zu den 1940 entstandenen zwei Flügeln – unter der Leitung von Andrij Mel'nyk und Stepan Bandera – trat im Jahr 1954 noch der Flügel der *Dvijkari* (Zweier)<sup>25</sup> bzw. OUNz (OUN im Ausland) hinzu, der

---

<sup>25</sup> Mit zwei Anführern an der Spitze – Rebet und Matla. Nach dem Mord von Lev Rebet (1957) wurde die OUNz von Roman Ilnytskyj und Bohdan Kordiuk geleitet. Vgl. auch Anm 2.

sich von der Gruppe der Banderisten oder, anders gesagt, einer OUNr (revolutionären OUN) abspaltete. Während der Bandera-Flügel der OUN (seitdem auch Auslandsvertretung der OUN oder kurz ZČ OUN<sup>26</sup> genannt) „democracy on the totalitarian model“<sup>27</sup> als politische Richtlinie ausgab und gleichzeitig die Ansprüche hegte, eine überparteiliche allnationale Bewegung zu sein, tendierten die *Dvijkari* – in Verbindung mit der Auslandsvertretung des Ukrainischen Hauptbefreiungsrats (ZP UHVR), der 1944 in der Ukraine gegründeten politischen Führung der Befreiungsbewegung von OUN und UPA,<sup>28</sup> – zur Revision ihrer politischen Ansichten in Richtung „Western-style social democracy“<sup>29</sup>. Anders ausgedrückt, wie die Vertreter dieser Kreise das selbst bezeichneten, wechselten sie vom integralen zum liberalen (demokratischen) Nationalismus und zwar im weltanschaulichen und nicht nur im parteilichen Sinne.<sup>30</sup>

Als neuer Akteur auf der politischen Bühne erschien 1946 die im Exil gegründete linke Revolutionär-Demokratische Partei der ehemaligen Sowjetukrainer (URDP) unter der Leitung des Schriftstellers Ivan Bahrianyj und später unter anderem dessen Mitstreiter Vasyl' Hryško. Die Entstehung dieser Partei entsprang dem Bedürfnis, die Position vieler ehemaliger Sowjetukrainer zu vertreten, da die meisten von ihnen die Ideologie des integralen Nationalismus nicht akzeptierten: „Eastern Ukrainians, although nationalists in the sense of being independists, rejected talk of dictatorship of leaders, which their Soviet experience had taught them to detect.“<sup>31</sup> Diese letztgenannte Partei gehörte zum sogenannten demokratischen Lager der ukrainischen Exilpolitiker und entwickelte eigene politi-

---

<sup>26</sup> Die Abkürzung ZČ OUN steht für *Zakordonni Častyny* (Auslandvertretung) der OUN.

<sup>27</sup> MYROSLAV YURKEVICH, Ukrainian Nationalists and DP Politics, 1945–50, in: The Refugee Experience. Ukrainian Displaced Persons after World War II, hg. v. WSEVOLOD W. ISAJIW u. a., Edmonton 1992, S. 125–143.

<sup>28</sup> Der Ukrainische Hauptbefreiungsrat (UHVR) wurde im Juli 1944 als Organisation der politischen Führung des ukrainischen Befreiungskampfes von den Vertretungen der OUNr (Bandera-Flügel) und der UPA gegründet. Durch die Kooperation mit anderen politischen Kräften begrenzte sich der UHVR nicht auf die Ideologie der OUN, sondern stellte sich als überparteiliche allnationale Führung des Befreiungskampfes dar. Die Auslandsvertretung des UHVR leitete seit 1950 der griechisch-katholische Priester und Politiker Ivan Hryn'och.

<sup>29</sup> YURKEVICH, Ukrainian Nationalists, S. 134.

<sup>30</sup> KAMINS'KYJ, „Prolog“, S. 116.

<sup>31</sup> MYROSLAV SHKANDRIJ, Ukrainian Nationalism. Politics, Ideology, and Literature, 1929–1956, New Haven / London 2015, S. 10.

sche Konzepte, die sich im umfangreichen publizistischen Nachlass von Ivan Bahrianyj und Vasyl' Hryško wiederfinden.

Alle diese mehr oder weniger aktiven bzw. einflussreichen Parteikreise bildeten ein breites Spektrum politischer Ansichten von der Rechten bis zur Linken, von Monarchisten<sup>32</sup> bis Demokraten. Alle diese Gruppen teilten zwar ein klares gemeinsames Doppelziel – die Unabhängigkeit der Ukraine und ihre Befreiung vom kommunistischen Regime –, entwickelten und praktizierten aber die unterschiedlichsten Strategien, um diese zu erreichen. Zu diesen gehörten auch die unvermeidlichen Debatten mit ihren Opponenten. Allen politischen Vereinen gemein war auch die Interpretation der sowjetischen Ukraine als einer Kolonie Russlands und der Moskauer Regierung als „bolschewistisch“ (dabei wurde Bolschewismus meistens als eine Form des russischen Imperialismus betrachtet) und entsprechend eine Kritik der UdSSR im Rahmen des antikolonialen Diskurses. Zu den zentralen Unterschieden zwischen den Parteien gehörte ihre Haltung zur Ukrainischen Sowjetischen Sozialistischen Republik und ihr Standpunkt zur Nationalstaatlichkeit, die Anerkennung bzw. Nicht-anerkennung ihrer Souveränität und ihres nationalen Charakters. Die Hauptfrage bestand also darin, ob die sowjetische Ukraine eine zwar unvollkommene, begrenzte und zum Teil rein nominelle Form eines Nationalstaates verkörperte oder lediglich ein unfreies und von der fremden „bolschewistischen“ Regierung Russlands besetztes Land war.

Zu der zweiten Variante der Antwort tendierten – jeweils aus eigenen Gründen – zwei große Gruppen, vor allem die Vertreter des Staatszentrums der Ukrainischen Volksrepublik, die sich als die einzige legitime ukrainische Regierung positionierten. So führte der Präsident der UNR im Exil, Mykola Liwyckyj, aus:

„In der freien Welt haben die nichtrussischen Völker der UdSSR ihre repräsentativen Exil-Niederlassungen in Gestalt von nationalen Missionen, die den Charakter von Exil-Regierungen tragen. Diese nationalen Missionen vertreten ihre Völker, die über keine Möglichkeit zur freien Bekundung ihres Willens verfügen. Zum anderen handeln sie als Vermittler zwischen der übrigen Welt und den von Moskau versklavten Völkern.“<sup>33</sup>

<sup>32</sup> Die Monarchisten wurden durch die Hetmanisten-Gruppe repräsentiert, die aber ihren politischen Einfluss nach dem Tod von Hetman Pavlo Skoropads'kyj 1945 und von dessen Sohn und Nachfolger Danylo Skoropad'skyj 1953 weitgehend verlor.

<sup>33</sup> MYKOLA LIWYCKYJ, Exilregierungen sind Vermittler, in: Der europäische Osten 133 (1966), S.204–209, hier S. 208.

Eine ähnliche Position, aber mit einer anderen Logik, teilten auch die Nationalisten des Bandera-Flügels (OUNr). Für sie war die Regierung der Ukrainischen SSR nur eine Okkupationsmacht und die Ukrainer in den führenden Staatspositionen ihre Kollaborateure: Laut Bandera war die Regierung der Ukrainischen SSR lediglich eine „Expositur des russisch-bolschewistischen Imperiums“<sup>34</sup>. Deswegen planten seine Anhänger nach einer Befreiung der Ukraine, die unter ihrer Führung und als Ergebnis des militärischen Befreiungskampfes (der gleichzeitig als eine nationale Revolution betrachtet wurde) erfolgen sollte, das komplette System der Staatsführung umzubauen.<sup>35</sup>

Eine vollkommen andere Meinung vertraten die linke URDP-Partei der „Ostukrainer“ und ihr Leiter Ivan Bahrianyj, für den die Ukrainische SSR zwar nur eine unvollkommene Staatlichkeit mit begrenzten Vollmachten besaß, aber gleichzeitig eine wichtige Grundlage für den zukünftigen Aufbau des Nationalstaates darstellte – vor allem dank der Existenz von republikanischen Machtorganen und Institutionen wie dem Parlament, dem Ministerkabinett und der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR.

Darüber hinaus sahen die URDP-Leiter in den Kadern einfacher ukrainischer Komsomolzen und den Mitgliedern der Kommunistischen Partei die personelle Basis und die Akteure für den Aufbau des zukünftigen Nationalstaates.<sup>36</sup> Hryško meinte dazu, dass selbst die *Bol'seviki* die nationalen Befreiungskämpfe und die Phase der demokratischen Staatlichkeit der Ukraine in den Jahren 1917 bis 1919 nicht hätten ignorieren können, so dass die UdSSR einfach „eine Form eines historischen Compromisses des bolschewistischen Russlands mit den nichtrussischen Völkern und ihren nationalstaatlichen Leistungen“ wurde.<sup>37</sup>

---

<sup>34</sup> STEPAN BANDERA. Slovo do ukrainskykh natsionalistiv-revolutsioneriv za kordonom [Ein Wort zu den ukrainischen revolutionären Nationalisten im Ausland], o. O. 1948, S. 23.

<sup>35</sup> Hier muss jedoch angemerkt werden, dass die Ehefrau von Jaroslav Stec'ko, Jaroslava Stec'ko, seine langjährige Mitstreiterin in der OUN und im Antibolschewistischen Block der Nationen (ABN), nicht nur die Erklärung der ukrainischen Unabhängigkeit 1991 erlebte, sondern auch für drei Legislaturperioden Abgeordnete des ukrainischen Parlaments war und dadurch mit den damals im ukrainischen Parlament vertretenen Kommunisten zusammenarbeiten musste.

<sup>36</sup> Ein ukrainischer Kosmopolit, S. 54.

<sup>37</sup> WASYL HRYŠKO, Anty-SSSR. Nascha kontseptsija majbutnioji perebudovy pidstsovitskoho Skhodu (Dumky dlja diskusiji) [Anti-UdSSR. Unsere Konzeption eines zukünftigen Umbaus des sowjetischen Ostens (Gedanken zur Diskussion)], Neu-Ulm 1952, S. 31.

Zur Anerkennung der Ukrainischen SSR tendierten auch die liberalen Nationalisten aus den Kreisen von OUNz und ZP UHVR. Im Unterschied zu Bahrianyj, dessen Ideen auf eigenen Erfahrungen aus dem Leben in der Ukrainischen SSR in der Zwischenkriegszeit basierten, war ihre Betrachtung der sowjetischen Ukraine als eine „staatliche, aber unfreie Nation“ eine Folge pragmatischer Einschätzungen der politischen Realitäten. „Das Ziel unserer Politik ist: nach der Anerkennung des [bereits] existierenden ukrainischen Staates seitens der westlichen Großstaaten zu streben und nicht [nur] nach dem Recht der Staatlichkeit.“<sup>38</sup> Damit stellten sie sich auf die Prinzipien des internationalen Rechts, das die Souveränität und territoriale Integrität der Staaten, aber nicht der staatenlosen Nationen anerkannte. Deswegen meinten die liberal-nationalistischen Ideologen, dass die offizielle Anerkennung der Ukrainischen SSR als eines nationalen Staates zugunsten der Ukrainer ausfallen würde; auch die vom Sowjetregime vollzogenen territorialen Veränderungen sollten, falls sie nationalen Interessen entsprächen, ihrer Meinung nach positiv betrachtet werden. Selbst die sowjetische Gesetzgebung inklusive dem Recht der Republiken, aus der UdSSR auszutreten, sollte gemäß den Interessen der Ukraine interpretiert werden, wie formal diese Gesetze auch sein mochten. Aufgrund solcher rechtlicher Regelungen würde die Erlangung der Selbständigkeit der Ukraine infolge einer Revolution oder eines internationalen Kriegs keine neue Staatsgründung sein, sondern lediglich eine Befreiung eines schon existierenden Staates.<sup>39</sup>

Ihren Betrachtungen der Ukrainischen SSR entsprechend schätzten die Exilpolitiker auch ihre Mitgliedschaft in der UNO ein. Diejenigen, die die Subjektivität der Ukrainischen SSR anerkannten, nutzten dies als ein wichtiges politisches Argument. Bahrianyj behauptete:

„Selbst die Tatsache der Zugehörigkeit der Ukraine zur UNO (unabhängig davon, welche ‚Regierung‘ es in der Ukraine gibt) hat eine enorme Bedeutung. [...] De jure ist es so, dass die Ukraine in ihren Grenzen, die sie hat, von der ganzen Welt als ein internationaler Faktor anerkannt ist. [...] Unsere taktische Aufgabe ist es, diese uns gegebene Chance maximal zu nutzen. Wie ist das zu machen? Überall und bei jedem Schritt diese Tatsache zu betonen und sie in allen unseren internationalen Aktionen zu benutzen. Sich selbst sowie die Welt an den Gedanken gewöhnen, dass die ukrainische Nation, das ukrainische Volk dasselbe ist, das Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist. Es ist also unnötig, sich die Ukraine [...] auszudenken, es ist nur der Wechsel

<sup>38</sup> HALAJČUK, Natsija, S. 32.

<sup>39</sup> Ebd., S. 56.

vom kommunistischen und von Moskau diktierten Regime und das Ersetzen desselben durch ein demokratisches und von der ukrainischen Nation selbst formiertes Regime gefordert.“<sup>40</sup>

Nach Ansicht der Nationalisten der OUNr (Banderisten) bedeutete die Negierung der Legitimität der Regierung der Ukrainischen SSR, dass die ukrainische Delegation in der UNO weder eine selbständige noch eine bedeutende Rolle spielte: So zog Jaroslav Stec'ko<sup>41</sup> eine Parallele zwischen dem ukrainischen und dem belarussischen Außenminister, die die Delegationen ihrer Republiken in der UNO leiteten, dem „Stalinschen Lakaien Manuil'skij sowie dem Verräter Kiselev“.<sup>42</sup>

Ihren Opponenten aus dem liberalen Lager der Nationalisten waren zwar sowohl die untergeordnete Rolle der ukrainischen Delegation als auch die Funktion von Manuil'skij als „einem guten Lakaien seines Herren im Kreml“<sup>43</sup> bewusst, dennoch fanden sie die völkerrechtliche Bedeutung der Vertretung der Ukraine in der UNO außenordentlich wichtig, weil dadurch die Republik „als Mitglied der Vereinigten Nationen und als Unterzeichner internationaler Verträge ein Subjekt des internationalen Rechtes wie jeder sowjetische Satellit“ sei.<sup>44</sup> Unter „Satelliten“ verstanden sie die sich unter sowjetischem Einfluss befindlichen Staaten Ostmittel-europas; durch eine solche Gleichsetzung mit diesen Staaten sollte der formale Status der Ukraine als Republik aufgewertet werden.

Darüber hinaus sahen die genannten politischen Gruppen ihre eigene Rolle im Nationsbildungsprozess der Ukraine als zentral (Banderisten) oder förderlich (die meisten anderen einflussreichen Gruppen) an. Zwar sprachen sie alle über die Unvermeidlichkeit einer revolutionären Änderung als einem Weg zur nationalen Befreiung, den Charakter dieser möglichen Revolution verstanden sie jedoch unterschiedlich. Die Mitglieder der OUNr und des mit ihr verbundenen Antibolschewistischen Blocks der

---

<sup>40</sup> IVAN BAHRIANYJ, Do pytan' stratehiji i taktyky naschoji vyzvolnoji borot'by. Dopovid na Tretjomu zjizdi URDP [Zu den Fragen der Strategie und Taktik unseres Befreiungskampfes. Vortrag auf dem dritten Parteitag der URDP], in: DERS., Publitsyystyka: Dopovidi, stati, pamflety, refleksiji, ese [Publizistik: Vorträge, Aufsätze, Pamphlete, Reflexionen, Essays], hg. v. OLEKSIJ KONOVAL, Kyiv 2006, S. 122–142.

<sup>41</sup> Präsident des Antibolschewistischen Blocks der Nationen (ABN) und seit 1968 Leiter der OUNr.

<sup>42</sup> JAROSLAV STEC'KO, Der Westen vor der Entscheidung. Rede auf der Kundgebung des Antibolschewistischen Blocks der Nationen (ABN) am 3. Juni 1951 in München, München 1952, S. 11.

<sup>43</sup> HOLUB, Ukrajina, S. 53.

<sup>44</sup> HALAJČUK, Natsija, S. 56.

Nationen (ABN)<sup>45</sup> verknüpften eine solche Revolution mit einem Befreiungskampf gegen den Kommunismus auf ganzer antikommunistischer Front weltweit. So führte Stec'ko aus:

„Ob gewisse Politiker im Westen es wünschen oder nicht: die Sprengung des Völkergefängnisses – der UdSSR – durch die nationalen antibolschewistischen Befreiungsrevolutionen ist bereits im Gange und wird früher oder später vollendet werden!“<sup>46</sup>

Für Bahrianyj und seine linken URDP-Anhänger war der Kampf der westlichen Demokratien gegen den Kommunismus und das bolschewistische Regime zwar ein nötiger, aber nur der erste Schritt. Er betonte darüber hinaus auch die Notwendigkeit der fundamentalen revolutionären Änderungen innerhalb der Sowjetunion selbst.<sup>47</sup> Hryško entwickelte diese Idee noch weiter, hin zur Notwendigkeit einer demokratischen Revolution für die Umwandlung der Ukrainischen SSR in eine neue Ukrainische Volksrepublik, nach ihrem Inhalt sowie ihrer Form,<sup>48</sup> „durch ihre Verselbständigung und Durchdringung von einem neuen, ukrainischen staatspolitischen Sinn“.<sup>49</sup>

Den mittleren Weg einer „friedlichen Revolution“ schlugen die liberalen Nationalisten vor. Er bestand im Wechsel vom Konzept des militärischen Kampfes gegen den starken sowjetischen Gegner, das nicht realisierbar erschien, hin zur Selbstverteidigung der Ukraine und zur Bewahrung des nationalen Potenzials in der Ukraine und in der ukrainischen Emigration. Das schien für eine zukünftige Änderung der Verfassung der Ukraine notwendig, d. h. für eine bevorstehende Umwandlung der Ukrainer-

<sup>45</sup> Zuerst gegründet 1943 auf Initiative und unter der Leitung der OUNr (Banderisten) bei der Versammlung der Vertreter der gegen die UdSSR kämpfenden nichtrussischen Völker erlebte der ABN 1946 in München eine Neugründung sowie eine Wahl des Präsidiums als Leitungsorgan. Zum ABN gehörten Exilpolitiker nationalistischer Prägung aus insgesamt 25 Nationen der UdSSR sowie aus Ostmitteleuropa. Die führende Rolle im ABN spielte die OUNr, was unter anderem durch die langjährige Leitung dieser Organisation durch Jaroslav Stec'ko bestätigt wird. Auch das Motto der UPA „Freiheit den Völkern! Freiheit dem Menschen!“ hatte der ABN übernommen.

<sup>46</sup> STEC'KO, Der Westen, S. 12.

<sup>47</sup> BAHRIANYJ, Do pytan', S. 132.

<sup>48</sup> WASYL HRYŠKO, Tretia syla, tretij schliach, tretia revolutsija. Spetsialnyj vypusk dyskusijnykh materialiv do tretioho zjizdu URDP [Die dritte Kraft, der dritte Weg, die dritte Revolution. Sonderausgabe der Diskussionsmaterialien zum dritten Parteitag der URDP], o. O. 1970, S. 73, 122.

<sup>49</sup> Ebd., S. 111.

schen SSR, die wirtschaftlich reich war und eine moderne soziale Struktur hatte, in einen souveränen ukrainischen Nationalstaat.<sup>50</sup>

Der Widerstand gegen das sowjetische System seitens der Exilukrainer hatte nicht nur eine ideelle, sondern auch eine praktische Dimension, und zwar transnational, hinsichtlich der politischen Umsetzung der oben skizzierten Konzepte. Eine der Hauptaufgaben in diesem Kampf war die Bemühung um Bündnispartner und um eine Unterstützung durch die Westmächte.

Die Vertreter des Staatszentrums der UNR sahen ihre direkten Mitstreiter vor allem in den anderen nicht-russischen Nationen der UdSSR wie den Armeniern, Aserbaidschanern, den Belarusen, Krimtürken, Georgiern, Kosaken, Nordkaukasiern, Tataren, den Völkern von Idel-Ural, deren demokratische Exilregierungen sich in der „Liga für die Befreiung der Völker in der UdSSR“ (Pariser Block) vereinigt hatten.<sup>51</sup>

Die Gruppen der liberal-nationalistischen OUNz-ZP UHVR verglichen die Rolle und den Status der Ukrainischen SSR mit den sowjetischen Satellitenstaaten Ostmitteleuropas und den baltischen Nationen. Unterstützung für ihre Aktivitäten fanden sie in erster Linie bei den amerikanischen Behörden, inklusive der CIA, was sie als eine rationale taktische Lösung positiv bewerteten.<sup>52</sup> Dieser politische Kreis engagierte sich stark für die Unterstützung verschiedener Formen der Opposition gegen das Sowjetregime, formeller und informeller, etwa Bürgerrechts-Gruppen oder Kulturvereine, aller Formen des sozioökonomischen sowie zivilgesellschaftlichen Protestes, der religiösen und antitotalitären Bewegungen.

Durch zahlreiche Aktionen förderten die Mitglieder der OUNz die ukrainische Dissidenten-Bewegung, die sie als eine Form der Fortsetzung des nationalen Befreiungskampfes betrachteten. Ihr Engagement umfasste auch das Drucken nationaler Untergrundliteratur (*Samizdat*) und deren Verbreitung in der Ukraine. Ferner wurden die ukrainische Helsinki-Gruppe und ihre Vertreter im Ausland, Petro Hryhorenko und Leonid Plušč, unterstützt. Die in der Bundesrepublik Deutschland erscheinende Zeitschrift „*Sučasnist*“ (Gegenwart) widmete sich der Analyse der Situation in der sowjetischen Ukraine sowie der Veröffentlichung von Oppositionsmaterial, so dass „*Sučasnist*“ ein Sprachrohr der ukrainischen Bürgerrechtler und darüber hinaus der Dissidenten-Bewegung weltweit war.<sup>53</sup>

<sup>50</sup> KAMINS’KYJ, „Prolog“, S. 101 f.

<sup>51</sup> LIWYCKYJ, Exilregierungen, S. 208.

<sup>52</sup> KAMINS’KYJ, „Prolog“, S. 58.

<sup>53</sup> Ebd., S. 75.

Zu den aktivsten und kompromisslosesten Kämpfern gegen den Sowjetkommunismus gehörten die Mitglieder des Antibolschewistischen Blocks der Nationen (ABN), der mit der OUNr eng verbunden war. Zum ABN gehörten auch die Exilpolitiker rechtsnationalistischer Prägung aus Mittel- und Osteuropa, darunter auch die Vertreter der Nationen der UdSSR, vor allem aber diejenigen, die als NS-Kollaborateure während des Zweiten Weltkriegs galten.

„Der ABN war eine der herausragenden Gruppierungen innerhalb des Netzwerkes der Befreiungspolitik, der als eine der ‚einflussreichsten und stärksten Emigrantenorganisationen‘ vor allem den östlichen Staatsicherheitsorganen ernsthafte Sorgen bereitete. Tatsächlich gelang es dem ABN wie keiner anderen Befreiungsorganisation, alle Wendungen der *Liberation Policy* aktiv mitzu gestalten. In den siebziger und achtziger Jahren partizipierte er an ihrer Renaissance, und es gelang ihm sogar, als einzige der alten antikommunistischen Kampfgruppen das Ende des Kalten Krieges 1989/1991 zu überleben.“<sup>54</sup>

Nicht zuletzt war das der persönlichen Leistung und den Eigenschaften des Ehepaars Stec'ko zu verdanken. Der ABN positionierte sich als Koordinationszentrum des revolutionären Kampfes der „von Russland unterjochten Völker“ und erklärte die Unabhängigkeit dieser Völker sowie den Zerfall des russischen (sowjetischen) Imperiums als sein Hauptziel, so dass der Charakter dieses Kampfes antikommunistisch, antisowjetisch sowie antigroßrussisch war. Bei seiner Tätigkeit verfügte der ABN über finanzielle Hilfen von Großbritannien, den USA und der Bundesrepublik Deutschland.<sup>55</sup>

In seinen zahlreichen politisch-publizistischen Schriften idealisierte Jaroslav Stec'ko die Rolle der Ukraine nicht nur als einer führenden Kämpferin gegen den Bolschewismus, sondern als Verteidigerin der europäischen Kultur und der christlichen Werte. Einen erfolgreichen Befreiungskampf der nicht-russischen Völker und die Unterstützung dieses Kampfes seitens der Westmächte betrachtete er als ein Mittel der Prävention eines Atomkriegs, wodurch er den antikommunistischen Widerstand mit einem weiteren wichtigen Diskurs des Kalten Kriegs verknüpfte.

Trotz einer starken Orientierung an den Westmächten in ihrer Frontstellung gegen die UdSSR begriffen die ukrainischen Exilpolitiker der unterschiedlichen Lager, dass die nationalen Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker der UdSSR seitens der Westmächte eher als In-

<sup>54</sup> STÖVER, Die Befreiung, S. 305.

<sup>55</sup> Ebd., S. 306.

strument denn als Ideal des antikommunistischen Kampfes angenommen wurden, da das Ziel des Westens allein der Regimewechsel und nicht die Aufteilung der UdSSR in Nationalstaaten war.<sup>56</sup>

Den liberal-nationalistischen Vertretern aus den Kreisen der OUNz-UHVR wurde ebenfalls klar, dass die Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit ein Angriff auf die territoriale Integrität des russischen Staates und ein unfreundlicher Akt gegenüber Russland, ob einem „weißen“ oder einem „roten“, wäre, was den Interessen der Westmächte zu widersprechen schien.

„Klar ist, dass die westlichen Großmächte aufpassen, um das russische Volk nicht gegen sich aufzubringen, um es in einem Dritten Weltkrieg auf ihrer Seite zu haben. Ähnlich werden sich auch die anderen Staaten bemühen, den russischen Bären nicht gegen das Fell zu streicheln, einige um die nachbarschaftlichen Beziehungen in der Zukunft nicht zu verderben, die anderen, um sich den Zugang zum russischen Markt und den Importen nicht zu verschließen.“<sup>57</sup>

Der Präsident des ABN Stec'ko äußerte sich dazu noch deutlicher:

„Es liegt eine Tragik darin, dass wir, statt jetzt schon die Methoden eines erfolgreichen gemeinsamen Kampfes gegen den Bolschewismus zu erörtern, noch gezwungen sind, mit dem Westen um die Zuerkennung der gleichen Rechte zu ringen, die er für seine Menschen als selbstverständliche erachtet!“<sup>58</sup>

Mit diesen Basisrechten meinte er die „nationale Unabhängigkeit der Völker“, die für ihn gleichzeitig eine Grundlage der „wirklichen, unverfälschten Demokratie“ war.<sup>59</sup>

Die Bestätigung dafür, dass die Einschätzungen der ukrainischen Exilpolitiker der unterschiedlichen Lager der Realität nahe waren, zeigte sich kurz vor dem Zerfall der UdSSR und im direkten Bezug zur Ukraine deutlich, während die Hoffnungen der Westmächte weitgehend mit der Politik Michail Gorbačevs und einer Reform der Sowjetunion ohne ihre Zerstörung verbunden waren. In diesem Sinne warnte im Juni 1990 die britische Premierministerin Margaret Thatcher in ihrer Rede im ukrainischen Parlament *Verkhovna Rada* vor zwecklosen Unabhängigkeitsbestrebungen. Und ein Jahr später – am 1. August 1991, einige Wochen

<sup>56</sup> So auch BAHRIANYJ, Do pytan', S. 124.

<sup>57</sup> HALAJTSCHUK, Natsija, S. 44.

<sup>58</sup> STEC'KO, Der Westen, S. 12.

<sup>59</sup> Ebd., S. 17.

vor dem Putsch, der zur Auflösung der UdSSR sowie zur Erklärung der ukrainischen Unabhängigkeit führen sollte, – hielt George W. Bush im ukrainischen Parlament eine Rede, die bald als „Chicken Kiev Speech“<sup>60</sup> bekannt wurde. In ihr plädierte er für die Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrags durch die Ukraine und versagte die Unterstützung der USA all denen, „who promote a suicidal nationalism based upon ethnic hatred“.<sup>61</sup>

Solche Einstellungen machten die meisten antikommunistischen Kräfte des Westens in den Augen der ukrainischen Exilanten zu „Russophilen“ und beeinflussten ihre Teilnahme an den westlichen Befreiungsinitiativen. Der Hauptunterschied zwischen der russischen Emigration der unterschiedlichen Richtungen und Generationen und den Exilukrainern bestand darin, dass die Russen bestrebt waren, die territoriale Einheit der UdSSR zu bewahren, während die ukrainischen Exilanten jeglicher politischer Couleur die Aufteilung der UdSSR in Nationalstaaten als den Ausgangspunkt des Befreiungskampfes betrachteten. Deswegen kämpften, laut Hryško, die unterdrücken Völker der Sowjetunion für ihre Befreiung von Russland, unabhängig von der dortigen staatlichen oder politischen Ordnung, während die russischen Imperialisten aller Richtungen diese Völker im Rahmen des russischen Imperiums zu halten versuchten.<sup>62</sup> Dabei unterstrichen die ukrainischen Exilpolitiker – mit jeweils eigener Argumentation – die nationalen Unterschiede innerhalb der Sowjetunion. So betonte Stec'ko regelmäßig, dass es außer dem russischen Volk keine anderen „Völker Russlands“ gäbe, wie es die russischen Emigranten behaupteten, sondern nur von Moskau (bzw. Russland, vom Bolschewismus) unterjochte oder unterdrückte Völker.

Die Vertreter der liberalen Nationalisten betonten, dass die UdSSR nicht nur Russland umfasse, sondern eine Union von 15 Republiken sei,

<sup>60</sup> Den Namen „Chicken Kiev Speech“ erhielt die Rede vom New York Times-Journalisten William Safire, der damit eine schwache und zu vorsichtige Rede meinte. Gleichzeitig bedeutete die Bezeichnung ein Wortspiel, denn „Chicken Kiev“ ist eine ukrainische kulinarische Spezialität.

<sup>61</sup> Vgl. Chicken Kiev speech; [https://en.wikipedia.org/wiki/Chicken\\_Kiev\\_speech](https://en.wikipedia.org/wiki/Chicken_Kiev_speech) (Zugriff: 07.06.2021). Diese Rede wurde von Vertretern der Demokratischen Partei kritisiert. SUSAN D. FINK, From „Chicken Kiev“ to Ukrainian Recognition: Domestic Politics in U.S. Foreign Policy toward Ukraine, in: Harvard Ukrainian Studies 21 (1997), H. 1/2, S. 11–61; OLEKSIJ HARAN, Rozpad SRSR i ukrajinske pztannia v politytsi SSSA [Der Zerfall der UdSSR und die ukrainische Frage in der Politik der USA], in: Sučasnist 4 (1995), S. 70–80.

<sup>62</sup> HRYŠKO, Anty-SSSR, S. 13–26.

so dass die russischen Emigranten als Ideenträger des „einigen und untrennbaren“ Russland in der Tat nur von der „Russischen Sowjetischen Föderativen Republik“ sprechen dürften und nicht von der ganzen Sowjetunion.<sup>63</sup> Dieser Unterschied in der Einschätzung der Zukunftsperpektive der UdSSR machte eine direkte Kooperation der Ukrainer mit den russischen Emigranten praktisch unmöglich und die Zusammenarbeit mit den westlichen antisowjetischen Institutionen von deren Haltung zur russischen Emigration abhängig.

Ein Beispiel dafür bietet die Frage der Arbeit ukrainischer Wissenschaftler am Institut zur Erforschung der UdSSR e. V., das vom Amerikanischen Komitee für die Befreiung vom Kommunismus (AKBB)<sup>64</sup> finanziert wurde und von den 1950er Jahren bis 1972 in München existierte. Trotz der Tatsache, dass das Institut bald nach seiner Gründung reformiert wurde, so dass nationale Abteilungen, unter anderem eine ukrainische, entstanden, war für einen Teil der ukrainischen Wissenschaftler nationalistischer Prägung ihre Teilnahme daran inakzeptabel – wegen der oben genannten „Russophilie“ der amerikanischen Gründer. Deswegen organisierten die Kritiker des Instituts (die Professoren Jurij Boiko, Vasyl' Orletskyj und Petro Savytzkyj) eine alternative selbständige Struktur mit gleichen Zwecken – die Unabhängige Assoziation der Sowjetologen, deren Einfluss sowie finanziellen Mittel jedoch wesentlich geringer waren als die des Institutes.

Die Befürworter einer Mitarbeit im Rahmen des Institutes wollten dagegen diese Möglichkeit nutzen, um dadurch das Vertrauen der demokratischen Kräfte des Westens zu gewinnen und die ukrainische Frage auf die Agenda des internationalen antikommunistischen Kampfes zu bringen. Eine Isolation oder gar eine „Selbstghettoisierung“ fanden sie dabei kontraproduktiv. So meinte Mykhajlo Dobrianskyj, der dem Staatszentrum der UNR nahestand und langjähriger Leiter der ukrainischen Redaktion von Radio Liberty (ebenfalls eine Schöpfung des AKBB) war: „Die Pflicht der politischen Emigration besteht darin, jede Gelegenheit [...] zu nutzen, die die antikommunistischen, aber demokratischen Kräfte der freien Welt anbieten“,<sup>65</sup> und dadurch auch die ukrainische Stimme hörbar

---

<sup>63</sup> HALAJČUK, Natsija, S. 52 f.

<sup>64</sup> Der Name wurde von „American Committee for the Liberation of the Peoples of Russia“ hin zu „American Committee for Liberation from Bolshevism“ geändert.

<sup>65</sup> MYKHAJLO DOBRIANSKYJ, Assoziatzija proty Instytutu. Ščo oznatschaje vystup nezaleznych sovjetoznavtiv proty ukrajinskoji spivpratsi z Instytutom dla vyvčennia SSSR [Die Assoziation gegen das Institut. Was bedeutet die Erklärung unabhängiger Sowjetolo-

zu machen. Ähnlich war die Haltung der ukrainischen Exilanten zu Radio Liberty (zuerst Radio Liberation), das seit 1954 eine ukrainische Redaktion unterhielt. Eine solche Konkurrenz der politischen Konzepte sowie Befreiungsmodelle verschiedener exilpolitischer Ideenträger dauerte bis in die 1980er Jahre und zum Beginn des friedlichen Wandels in der UdSSR an, der zur Entstehung der unabhängigen Ukraine 1991 führte.

Die Befreiungskonzepte und Strategien der ukrainischen politischen Emigranten waren zum großen Teil ein Produkt ihrer Zeit, das durch den Kampf der politisch antagonistischen Systeme im Kalten Krieg geprägt war. Die Emigranten wurden von der Notwendigkeit geleitet, sich an die politischen Realitäten anzupassen und die Unterstützung ihrer Aktivitäten durch den Westen in Form seiner antikommunistischen Einrichtungen und Initiativen zu gewinnen. Gleichzeitig machten die sich wiederholenden Misserfolge bei der Gründung bzw. dem Wiederaufbau nationaler Staaten im Osten Europas im Laufe des 20. Jahrhunderts die Idee des unabhängigen Nationalstaates zum absoluten Mittelpunkt des politischen Diskurses der ukrainischen Exilpolitiker aller Richtungen. Eine Reihe von ihnen wurde dadurch nicht nur zu scharfen Kritikern, sondern auch zu Analytikern der sowjetischen Verhältnisse, womit sie einen wesentlichen Beitrag zur zeitgenössischen Sowjetologie leisteten. Nimmt man ihre Teilnahme an den internationalen antikommunistischen Vereinigungen, an denen sie aktiv mitwirkten bzw. die sie (wie im Fall des ABN) mitgestalteten, hinzu, bildet dieses Spektrum ein eigenes Kapitel in der Geschichte des Kalten Krieges.

Die Konzepte der Exilanten sind auch deshalb interessant, weil sie frühere Diskurse wiederaufnahmen und fortsetzten sowie ein weites Spektrum von Anpassungsstrategien an die geänderten politischen Bedingungen präsентierten. Dazu zählte vor allem die Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung des nationalistischen Denkens der Nachkriegszeit, das während des Zweiten Weltkriegs die Grundlage für die Befreiungsvisionen der Ukrainer bildete und das für die meisten späteren Exilpolitiker, inklusive der linken, eine Etappe auf ihrem weiteren politischen Weg darstellte. Ohne die Chance, die Situation in der Ukraine direkt entscheidend zu beeinflussen, agierten die Exilpolitiker zum großen Teil auf dem Feld antisowjetischer Kritik und Analyse sowie der Ausarbeitung theoretischer Konzepte zur nationalen Befreiung. Ihre Versuche, die ukrainische Frage im Westen auf die Tagesordnung zu bringen und generell die nationale

---

gen gegen eine Kooperation mit dem Institut für die Erforschung der UdSSR], München 1956, S. 31.

Frage zu einem der Hauptpunkte der antisowjetischen Kritik zu machen, hatten zwar nur begrenzten Erfolg, wurden aber zu einem Faktor, den die UdSSR weder in ihrer Außen- noch in ihrer nationalen Politik ignorieren konnte. Als Folge zählten zu den Reaktionen des Sowjetregimes zum einen öffentliche Kritik und Diskreditierung von ukrainischen Exilpolitikern, zum anderen Bemühungen, die nationale Vielfalt der sowjetischen Republiken – auch nach Westen hin – zu demonstrieren.

Das Ende der Sowjetunion wird hauptsächlich als ein Ergebnis ihrer inneren Schwächen und Fehlentwicklungen interpretiert, nicht zuletzt im Bereich der nationalen Politik, und viel weniger auf äußere Faktoren zurückgeführt, wozu auch die Befreiungsbewegungen der antikommunistischen Emigrationskreise gehörten. Der Zerfall der Sowjetunion entlang der Grenzen ihrer Republiken zeigte auch, dass die Schaffung einer allsowjetischen Identität, die Jahrzehntelang mit einer Russifizierung der Republiken, vor allem der Ukraine und Belarus, einhergegangen war, nur sehr begrenzten Erfolg gezeitigt hatte. Für viele ukrainische Exilannten waren, trotz ihrer Überzeugung von der Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs des „Gefängnisses der Völker“, die Umstände sowie der Zeitrahmen des Geschehens eine Überraschung, wie auch für viele Beobachter im Westen insgesamt.

Das bedeutete aber nicht, dass die vorherigen Bemühungen sowie das intellektuelle und politische Erbe der Emigration keine Wirkung gehabt hätten. Gerade nach der Unabhängigkeitserklärung wurde es in der Ukraine zum großen Teil neu entdeckt und popularisiert. Diese „Wiedervereinigung“ der Ukraine mit ihrer Emigration, die seitdem als Diaspora mit dem Heimatland kooperierte, nahm unterschiedliche Formen an – von der symbolischen Übergabe der Insignien der Staatlichkeit durch die Exilregierung an die neue Staatsführung<sup>66</sup> bis zum Transfer der intellektuellen Schöpfungen der Diaspora in die Ukraine, nicht nur in Gestalt von Verlagen, Zeitschriften oder politischen Einrichtungen, sondern auch von politischen Konzepten und Formen der nationalen Erinnerungskultur. Dieser intellektuelle Beitrag befriedigte in den ersten Jahren der Unabhängigkeit den Bedarf an Alternativen zu den von der sowjetischen Ideologie geprägten Formen des geistigen und kulturellen Lebens, z. B. in Hinblick auf Geschichtsbücher. Dieser Gesamtbeitrag wird in der Ukraine jedoch bis zur heutigen Zeit meist unterschätzt, obwohl der Komplex der vielfält-

---

<sup>66</sup> Im Jahr 1992 fand in Kiev die symbolische Übergabe der Staatsinsignien durch den letzten Präsidenten der Ukrainischen Volksrepublik im Exil, Mykola Plavjuk, an den ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine, Leonid Kravčuk, statt.

tigen und oftmals kontroversen Diaspora-Erfahrungen einen bedeutenden Teil der Nationsbildung darstellt. Zudem bietet sich der Gesamtbeitrag wissenschaftlich als wichtiges Forschungsfeld an.

Die Ursachen der heutigen geopolitischen Konflikte rund um die Ukraine sowie die neoimperialen Ansprüche Russlands führen zum Problem der im Widerstreit stehenden ukrainischen und sowjetischen Nationsbildungen zurück. Es lassen sich Parallelen zur sowjetischen Vereinnahmung der Ukraine in der Zeit des Kalten Krieges herstellen. Dadurch gewinnt die historische Forschung über das intellektuelle Erbe der ukrainischen Exilpolitiker insbesondere im Bereich ihrer antiimperialen und antikolonialen Kritik Russlands eine zusätzliche Aktualität.